

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse:
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Gemisprechstelle
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 84.

Dienstag, 14. April 1914, abends.

67. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pf., durch unsre Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pf. Auch Monatsabonnementen werden angenommen. Bezahlung kann für die Nummer des Ausgabetages bis vor mittag 9 Uhr ohne Gewebe. Preis für die steigende 43 zum dritten Korpuszettel 18 Pf. (Vollpreis 12 Pf.) Zeitraubender und welsarischer Soh nach besonderem Ratifizierung und Vertrag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 54. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Höhnel in Riesa.

Die Schweinsensu unter dem Schweinebestande des Haushalters August Lüdert in Glashütte, Ortsteil Sageritz, ist erloschen.
Großenhain, am 11. April 1914.
561 b.E. Königliche Amtshauptmannschaft.

Mittwoch, den 15. April 1914, vormittags 10 Uhr sollen im hiesigen Auktionslokal 2 goldene Ringe, 1 Paar Damenschmuckstücke meistbietend versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Riesa.

Donnerstag, den 16. April 1914, vormittags 10 Uhr sollen im hiesigen Auktionslokal 1 Bruststelle mit Matrone, Kopftüpfen und Deckbett, 1 Waschlisch, 1 Nachttischchen, 1 Tisch, 2 Stühle, Wein und Getränk meistbietend versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Riesa.

Die Brandversicherungsbeiträge auf den 1. Termin ds. Jrs. sind am 1. April fällig und zwar nach 1/2 Pf. für die Einheit bei der Gebäudeversicherungskontrolle und nach 1/2 Pf. für die Einheit bei der Maschinenversicherungskontrolle.

Gleichzeitig haben wir nach dem Reichstemperabgebot vom 3. Juli 1913 die Reichstemperabgabe erstmals auf die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis Ende Juni 1914 zur Etablierung zu bringen. Dieselbe beträgt für unbewegliche Gegenstände 5 Pf. und für bewegliche Gegenstände 15 Pf. für das Jahr und für jedes angegangene Tausend der Versicherungssumme. Beträgen bis 3000 M. bleiben frei.

Die Ablösung an unsere Steuerfalle hat baldigst, spätestens aber bis zum 18. April ds. Jrs.

zu erfolgen.

Der Rat der Stadt Riesa, den 31. März 1914.

R.

Donnerstag, den 16. April 1914, nachmittags 3 Uhr sollen im Versteigerungsraume des hiesigen Königl. Amtsgerichts 1 photographischer Apparat (15x18) mit allem Zubehör und Schranken, 1 Brockhaus-Lexikon, 17 Bände (1902) mit Regal öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eine Aufhebung der Versteigerung findet voraussichtlich nicht statt.

Vom morgigen, am 11. April 1914.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

32. Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der Deutschen Gewerksvereine (D.G.) im Königreich Sachsen.

Der Landesverband der Deutschen Gewerksvereine (D.G.) im Königreich Sachsen hielt gestern in Riesa seine 32. Jahreshauptversammlung ab. Die bereits am 1. Februar eingetroffenen Delegierten vereinigten sich abends mit den Mitgliedern des hiesigen Gewerksvereins und mehreren Gästen im Hotel "Kronprinz" zu einem Begrüßungssabend. Als Vertreter der Stadt war Herr Stadtrat Dr. Diegel erschienen. Der Vorsitzende des Riesaer Ortsvereins, Herr Konrad, entbot allen Geschenken einen herzlichen Willkommenstrunk und eine Tochter des Ortsvereins-Schriftführers, Herr Wagner, erfreute mit dem Vortrag eines schwungvollen Prologes. Herr Stadtrat Dr. Diegel begrüßte die Teilnehmer an der Tagung namens der Stadtgemeinde. Die Beratungen mündeten nicht nur dem Riesaer Verein, sondern dem ganzen Verbande zum Segen gereichen. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Herr Edwin Spilger, führte aus, daß die Gewerksvereine gern einmal nach Riesa, einer Stadt reicher Industrie, gekommen seien. Sodann beleuchtete Bezirksteiter Sauer, Leipzig, in einem Vortrage die Bestrebungen der Gewerksvereine. Er wies darauf hin, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter den Wert der Organisation noch nicht so erfaßt habe, wie es notwendig sei und führte dann weiter aus, daß die deutschen Arbeiterorganisationen sich heute mehr und mehr dem von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Grundzog der Selbsthilfe nähern. Auch die in den sozialen Versicherungsgesetzgebung bestehende Staatshilfe umfaßte Einrichtungen, die sich zuerst die Gewerksvereine geschaffen hätten. Daß der Forderung der Gewerksvereine nach gegenseitiger Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern immer mehr Rechnung getragen werde, zeigte die Tatsache, daß der Tarifgedanke Fortschritte mache. Die Gewerksvereine lehnten es ab, den Klassenkampf zu schützen, sie ständen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, verlangten aber die Gleichberechtigung aller Staatsbürgen. Die Bestrebungen auf Verdränkung der Koalitionstretheit begannen bei ihnen schärfstem Widerstande. Sie seien für eine Arbeitslosenversicherung in großem Umfang, für Schaffung eines Arbeitserreichs und für die Förderung der geistigen Bildung des Arbeiters. Bezirksteiter Berndt, Dresden, dankte in seinem Schlußwort dem Riesaer Ortsverein für die Mühe und Arbeit, die er aus Anlaß der Tagung auf sich genommen. Der Männergesangverein "Verehrung", Großenhain, brachte im Verlaufe des Abends mehrere Lieder zum Vortrag, die ihm reichen Beifall eintrugen.

Am zweiten Osterfeiertage besichtigten die auswärtigen Delegierten die Carolaschule, deren Einrichtungen bei allen Teilnehmern die lebhafte Anerkennung fanden.

Um 11 Uhr begann dann im Hotel "Kronprinz" die Jahreshauptversammlung. Diese wurde vom Landesverbandsvorstand, Herrn Edwin Spilger, Dresden, mit herzlichen Worten der Begrüßung an die Geschenken eröffnet. Zu der Tagung hatten 7 Ortsverbände und 28 Ortsvereine Vertreter entsandt. Generalsekretär Pothoff, Berlin, begrüßte die Versammlung namens des

Zentralverbandes. Hierauf wurde Magdeburg, Schmölln, zum Vorsitzenden des Verbandsstages gewählt.

Dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Landesverbandes im Jahre 1913 war zu entnehmen, daß sich die deutschen Gewerkschaften in der Berichtszeit in Sachsen äußerst aktiv und organisatorisch günstig weiter entwickelt und eifrig zum Wohle ihrer Mitglieder auf nationaler Grundlage gearbeitet haben. An den sozialen Wahlen in Sachsen haben sich die deutschen Gewerksvereine energisch und mit gutem Erfolge beteiligt. Bis zum Jahresende wurden in 17 Orten 117 auf den Listen der Gewerksvereiner stehende Krankenfassenauschußmitglieder und 16 Vorstandsmitglieder gewählt. Aus einigen Orten stehen die Wahlresultate noch aus. Die bei den Wahlen gesammelten Erfahrungen berechtigen zu der Aussicht, daß die deutschen Gewerksvereine bei den nächsten Wahlen noch besser abschneiden werden. Die Statistik über die Mitgliederbewegung zeigt, daß der wirtschaftliche Zustand des vergangenen Jahres, der sich hauptsächlich in der Textil- und der Metallindustrie bemerkbar machte, auch auf die Entwicklung der Gewerksvereine nicht ohne Einfluß geblieben ist. Im gestrigen Berichtszeitraum zum Vorjahr leisteten 1913: 103 berichtende Vereine 28847 M. Beihilfen bei Arbeitslosigkeit, 37136 M. Beihilfen bei Krankheit und 4116 M. Beihilfen bei Sterbehilfe, zusammen also 70105 M. Die Zahl der neu eingeführten Jugendabteilungen der Gewerksvereine stieg auf 9 in Sachsen. Öffentliche Ehrenamtler wurden in Sachsen von 51 Mitgliedern deutscher Gewerksvereine bestellt, und zwar waren 18 Gerichtsschöffen, 5 Stadtverordnete, 6 Gemeinderatsmitglieder und 22 Gewerkebeamte. Nach Berufen betrachtet verteilen sich die Gewerksvereine auf die Branchen der Maschinenbauer, der Fabrik- und Handarbeiter, der Stahlarbeiter, der Holzarbeiter, der Weberarbeiter, der graphischen Berufe, der Bauhandwerker, der Schneider, der Brauer, der Töpfer und der Tabakarbeiter. In Sachsen gehörten der Landesorganisation an 132 Ortsvereine. Die deutschen Gewerksvereine haben, wo es nötig war, immer mit den anderen nationalen Arbeiterorganisationen gemeinsam gearbeitet. Besonders dankbar ist man in den Kreisen der Gewerksvereiner für die seit 29. Juli 1913 durch Reichsgesetz auf die Staatskasse übernommene Kostenförderung für Geschworene und Schöffen und für die wohlwollende Haltung des sächsischen Justizministeriums gegenüber der Forderung, mehr Arbeiter zu gerichtlichen Ehrenamtler zugelassen. Die Befreiung zeigte besonders, daß Fehler der freien Gewerkschaften auf die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung ungünstig zurückwirken. Ferner wurde bemerkt, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gut daran tue, erst einmal im eigenen Lager aufzurücken, ehe er andere Gewerkschaften kritisieren. Das Neutrale der Aussprache war eine deutlich erkennbare, neuzeitliche Förderung der deutschen Gewerkschaften in Sachsen. Der Jahressbericht wurde unter Entlastung des Vorstandes zur Kenntnis genommen. Aus den Kassenabschlüssen ergab sich u. a. eine Belastigung des Landesverbandes finanzieller Art an der Tätigkeit der Bodenreformer und der Nationalen Ausschüsse in Sachsen. Im weiteren Verlaufe der Tagung sprach Arbeitsteilungsberater F. Berndt, Dresden über die Wahlen der Verfassungsvertreter auf

Grund der Reichsversicherungsordnung. Der Redner konstatierte einleitend, daß die Zahl der Krankenkassen in Sachsen seit Einführung der Reichsversicherungsordnung von 2444 auf 1179 Anfang 1914 zurückgegangen ist, stellte weiter fest, daß die endgültige Durchführung der Reichsversicherung, die am 1. Januar 1914 vollendet sein sollte, auf ganz erhebliche technische Schwierigkeiten gestoßen ist, und teilte mit, daß erst Ende März die Ausführungen zu den Krankenkassen erledigt worden sind, während noch 100 Versicherungsdämter in Sachsen der Befreiung hatten. Ferner mahnte der Redner dringend trotz aller Schwierigkeiten zur Teilnahme an den Wahlen der Krankenfassenausfälle, da man bei einer etwaigen Nichtbeteiligung für die Vertretung in den Versicherungsdämmern und in Oberversicherungsdämmern ausscheide. Interessant waren die Einzelmitteilungen über die Steigerung der Miete um 78000 M. und der Reinigungslosen um 25000 M. bei der Ortskrankenkasse Dresden seit der Inbetriebnahme des neuen Prachtbaus dieser Kasse. Recht drastische Bilder entrollte der Redner von verschiedenen Vorfällen bei den Wahlen in der Ortskrankenkasse Dresden. Zum Schlusse forderte Herr Berndt auf, sich in Zukunft mit größtem Eifer auch an den Ortskrankensassenwahlen zu beteiligen, um den dort bisher herrschenden sozialdemokratischen Einfluß zu mindern und zu brechen. — Die Aussprache ließ erkennen, daß die Ausschüsse zu den Ortskrankenkassen für die deutschen Gewerksvereine in Sachsen am besten ausfallen sind in Plauen i. B. und weiter in Chemnitz, Leipzig und einigen anderen Orten. In Plauen und Leipzig führen Gewerksvereine im Vorland der Ortskrankenkasse. Bei den Oberversicherungsausschüssen haben die Gewerksvereine Aussicht auf 3 Sitze in Zwickau und auf je 1 Sitz in Chemnitz und Leipzig. Diese Erfolge verursachen aber dauernd große Opfer an Zeit, Geld und Erdbildung von Angriß. Die ganze Bewegung soll durch Lehre, Konferenzen und Sammlung von Fonds auf ansteigender Linie fortgeführt werden. — Ein anderer interessanter Punkt der Tagessordnung lautete: Sozialpolitik im sächsischen Landtag. An Stelle des erkrankten Referenten Professor Dr. Rahn-Dresden sprach Generalsekretär Hirsch-Leipzig. Er warnte vor einer Unterhöhung der sozialpolitischen Bedeutung der Landesversicherung. Während bis vor wenigen Jahren die soziale Arbeit das Aschenbrödel im politischen Leben, besonders im Parlament gewesen sei, habe sich seit Einführung des neuen Landtagswahlrechts die Sache zum Besseren gewendet unter dem Einfluß der aus Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten bestehenden Mehrheit. Die Einzelauflösungen des Redners bewegten sich um die Frage des Koalitionsrechts, der Arbeitslosenversicherung und des Staatsarbeiterrechts. Wenn auch der Nutzen des Koalitionsrechts vermieden werden müsse, gleichviel ob er von Seiten der Arbeitnehmer oder Arbeiter kommt. Das Verbot des Streikpostenstechens bedeute eine Verdrängung des Koalitionsrechts. Jedes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter sei abzulehnen im Interesse des Volkganges. Die Arbeitslosenversicherung, in Fluss gebracht durch den Gewerksverein Dr. Hirsch, werde als Schlüsselstein der sozialen Gesetzgebung von allen Arbeiterorganisationen erachtet. Die großen Schwierigkeiten der Frage seien nicht zu leugnen,

Hotel Bettiner Hof. Gestern abend großes Militärmusik und Ball von der gesamten Pionier-Kapelle. Vorverkaufsstellen im Bürgerhaus Neumarkt und im Konzertsaal.